

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Zeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 22 .: 26. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 105 .: Telefon: Ami Morichplatz, 2120

Berlin, den 31. Mai 1912

Inhalt: Beitragsleistung. — Streiknotizen. — Das Hausarbeitsgesetz. — Briefe eines Arbeiters aus der Fremde. — Kooperation und Koalition. I. — Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907. — Der Gau Köln im Jahre 1911. — Bericht der Generalkommission und des Zentralarbeitersekretariats 1911. — Der arbeitsfreie Samstagnachmittag. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Adressenänderungen. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Berichtigung. — Sterbetafel. — Verjammlungskalender. — Anzeigen.

Die für die nächste Nummer bestimmten Artikel müssen spätestens Sonnabendnachmittag in Händen der Redaktion sein.

Für die Woche vom 2. Juni bis 8. Juni ist der 23. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann fernerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Sämtliche Sattler des Deutschen Offiziervereins, Neustädtischestr. 4/5, haben die Arbeit eingestellt. — **Gesperet** sind: Erdmann u. Rossi, Linienstr. 139/140; Rudolf Franke, Inselstr. 11 und Courbierestr. 14. — Es wird erwartet, in diesen Betrieben Arbeit anzunehmen.

Görlitz. Wegen des allgemeinen Streiks in der Waggonfabrik ist Zuzug von Sattlern fernzuhalten.

Hannover. Am 25. April haben sämtliche Sattelmacher und Geschirrsattler der Firma H. B. Schüge die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Kassel. Die Arbeiter der Firma Leberer u. Baumann (Zelte und Pläne) stehen in einer Lohnbewegung.

Achtung! Militärattler! Achtung!

Wegen Streit ist Zuzug streng fernzuhalten nach Offenbach a. M., Forch i. B. und Erfurt.

Das Hausarbeitsgesetz.

Seit dem 1. April d. J. ist das Hausarbeitsgesetz, vorgebildet zum Schutze der Heimarbeiter, in Kraft. Preußen, wie immer in der Welt voran, hat mit dem 16. März 1912 die in Aussicht gestellten Ausführungsbestimmungen veröffentlicht. Es ist anzunehmen, die übrigen deutschen Bundesstaaten werden ähnliche oder gleichlautende Bestimmungen erlassen, welche geeignet sind, fast alles, was zugunsten der Heimarbeiter im Gesetz enthalten ist, illusorisch zu machen.

Als wir im Anfang d. J. gelegentlich der Besprechung des Gesetztextes erklärten, das Hausarbeitsgesetz ist ein Messer ohne Dekt und ohne Klinge, nach dem Rezept angefertigt, wasche den Unternehmern den Pelz, aber mache ihn nicht naß, haben wir, zu unserer Schande sei es gesagt, diese Burscharbeit der gesetzgebenden Körperschaft noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannt. Heute müssen wir leider sagen, daß unsere damalige scharfe Kritik doppelt zu unterstreichen ist und es den Hausarbeitern nichts geschadet hätte, wenn das Gesetz vor seinem Zustandekommen im Druck verdrummen wäre.

Wir verlagen es uns, nochmals auf die vielen „Kann“-Vorschriften einzugehen, auch sehen wir von einem nochmaligen Abdruck des Gesetztextes ab, der in Nr. 5 und 6 unserer Zeitung, Jahrgang 1912, nachzulesen ist.

Das Hausarbeitsgesetz ist ein Rahmen-(Mantel)gesetz, d. h. es legt nur die Richtlinien für den Schutz der Hausarbeiter im allgemeinen fest, überläßt aber die Durchführung im einzelnen dem Bundesrat und den Polizeibehörden. Vorweg wollen wir bemerken, daß die Kosten, welche durch die Durchführung der Schutzmaßnahmen entstehen, nicht den Unternehmern oder Verlegern entstehen, sondern sie sind von den Hausarbeitern zu tragen.

Sehen wir uns nun einmal das Gesetz in Verbindung mit den preussischen Ausführungsbestimmungen etwas näher an.

Während der Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion vom 28. Februar 1908 genau die Begriffe „Heimarbeiter“, „Hausarbeiter“ und „Hausgewerbetreibender“ definierte und alle drei Kategorien dem Hausarbeitschutzgesetz unterstellt wissen wollte, schließt das Gesetz alle Zwischenmeister aus, die mit fremden Hilfskräften arbeiten. Dagegen sind ihm selbständige Gewerbetreibende (Handwerker), welche keine fremden Personen beschäftigen und nicht für Fabrikanten, Verleger oder Großhändler arbeiten, unterstellt; d. h. auf alleinstehende Schneider, die für Privatpersonen auf Bestellung Kleidungsstücke anfertigen, oder auf Schuhmacher, die ohne jede fremde Hilfskraft ihr Gewerbe betreiben, treffen die Bestimmungen zu, aber nicht auf Portefeuillier, die mit einem Lehrling oder einem Mädchen arbeiten, weil er, bezw. sein Betrieb mit der Beschäftigung von Gehilfen, Lehrlingen, Arbeitern oder Arbeiterinnen aus dem Rahmen des Hausarbeitsgesetzes fällt. Ebenso Bürstenmacher, Pantoffelmacher, Holzschmied und dergleichen, die ihre Produkte aus Jahr- und Wochenmärkten verkaufen. Nun kommt aber das Schönste: Der § 6 spricht von der Beschaffenheit der Arbeitsräume, dem eventl. Verbot der Kinderarbeit und der Festsetzung der täglichen Arbeitszeit für Hausarbeiter unter 16 Jahren sowie dem Verbot der Sonntagsarbeit

für alle Hausarbeiter. Diese Bestimmungen in die Tat umgesetzt, würden den davon Betroffenen große pekuniäre Lasten auferlegen. Darum hat der Bundesrat das Recht, diesen Paragraphen nur für solche Gewerbebranchen in Anwendung bringen zu lassen, soweit sich aus der Art der Beschäftigung Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit ergeben. Nun ist doch anzunehmen, daß für eine ganze Reihe von Industriezweigen, in denen die Hausarbeiter unter den elendesten Verhältnissen arbeiten müssen, die bezeichneten Voraussetzungen doch nicht unmittelbar sichtlich in Erscheinung treten, die Unternehmer aber solche Heimarbeit für sehr profitabel halten. Sie werden gewiß nichts unversucht lassen, den Bundesrat zu beeinflussen, um ihn zu bewegen, daß für ihre Industrie der § 6 ausgeschaltet wird. Wird dem stattgegeben, woran wir bei dem bisherigen Entgegenkommen des Bundesrats nicht einen Augenblick zweifeln, so ist in gesundheitlicher Hinsicht eine der wichtigsten Bestimmungen für eine Reihe von Gewerbebranchen ausgeschaltet. Aber angenommen, solche Bemühungen der Unternehmer bleiben erfolglos, so können nicht für das einzelne Gewerbe insgesamt, sondern nur für einzelne Betriebe die im § 6 vorgesehenen Anordnungen getroffen werden. Aber auch da sind die Aufsichtsbeamten bereits angewiesen, bei ihren Verfügungen äußerste Rücksicht walten zu lassen. Doch all diese Bemäntelungen mit untauglichen Mitteln sind nicht nötig; von all diesen Vorschriften und Anordnungen ist der Hausarbeiter entkoben, wenn er sich eine fremde Hilfskraft einstellt. Also der Raum, der den gesetzlichen Ansprüchen für eine Person nicht entspricht, ist zulässig, wenn zwei und noch mehr darin arbeiten. Solches Pflanzwerk bezeichnet man mit dem hochtönenden Namen „Sozialpolitik“. Man weise uns noch ein anderes Land nach, wo solche Bestimmungen Gesetzeskraft erlangen können. Mit „Stolz“ sei's gesagt, darin steht Deutschland einzig da.

Nun wird man uns entgegenhalten, bisher bestand Unklarheit darüber, ob ein Zwischmeisterbetrieb ein Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnung ist. Jetzt ist jeder Betrieb, der nicht der Hausarbeit zugezählt wird, ein Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnung und untersteht der Aufsicht der Gewerbeinspektion. So weit so gut. Aber schon jetzt klagen die Aufsichtsbehörden und wir mit ihnen, daß sie wegen Mangel an Zeit und Mangel an Beamten nicht in der Lage sind, die ihnen bis jetzt unterstellt gewesenen Fabrikbetriebe zu revidieren. Das Kinderschutzgesetz wurde ihnen noch zwecks Durchführung überlassen; nun sollen sie sich noch um die verstreut liegenden Hausarbeit- und Schweißmeisterbetriebe kümmern. Daß die ganze Gewerbeaufsicht zum Schaden der Arbeitererschaft dann erst recht ungenügend sein wird, braucht nicht besonders betont zu werden, wenn

man noch dazu weiß, daß viele Unternehmer überhaupt nichts von Gewerbeaufsichtsbeamten wissen wollen und die Bundesstaaten nicht geneigt sind, Gelder zur Reuanstellung zu bewilligen. Diese Antipathien sollen und dürfen aus aber nicht abhalten, immer wieder diesbezügliche Forderungen zu stellen und zu verlangen, daß die Revisionsbeamten aus den Reihen der Arbeiter entnommen und von ihnen gewählt werden. Dies wird aber erst gelingen, wenn die einzelnen Landesparlamente anders wie zur Zeit zusammengesetzt sind, vor allem in Preußen das Schnapsinfanterie durch ein besseres, völkisches Wahlsystem bereinigt worden ist.

Bekanntlich verlangte der sozialdemokratische Entwurf, die Arbeitslöhne außerhalb des Betriebes müssen mindestens denen in den Fabriken gezahlten gleichgestellt sein. Diesem Zwecke sollten auch die Lohnbüchert dienen, wogegen ja die Unternehmer erfolgreich Sturm gelaufen sind. Doch wollte man die Heimarbeiter nicht leer ausgehen lassen. Man streute ihnen Sand in die Augen und gab ihnen wertlose Steine anstatt Brot; man schuf die zwinzende Bestimmung im § 3, wonach in denjenigen Räumen, in welchen Arbeit für Hausarbeiter ausgegeben oder Arbeit solcher Personen abgenommen wird, muß den Hausarbeitern durch offene Auslage die Möglichkeit gegeben sein, sich über die für die einzelnen in diesen Räumen zur Ausgabe gelangenden Arbeiten jeweilig gezahlten Löhne zu unterrichten. Abgesehen davon, daß diese Lohnbestimmung im Nachhinein durchlöcherig wird, in dem es heißt: „Für das Ausarbeiten neuer Muster gilt diese Bestimmung nicht“, ist dieser § 3 nicht mit dem 1. April d. J. in Kraft getreten, sondern es bleibt dem Bundesrat überlassen zu bestimmen, von wann ab dieser Paragraph gelten soll. Nach dem Tempo: „Nimmer langsam voran, damit preußisch-deutscher Arbeiterschutz zurückbleiben kann“, werden die Herren Geheim- und Regierungsräte sich nicht übereilen und wird es noch gute Wege haben, bis diese Gesetzesbestimmung angewendet wird. Die Herren Magistratsrat von Schulz und Dr. W. Raabuh sagen in ihrem Kommentar, Seite 39: „Bevor § 3 in Kraft tritt, sollen zuvor alle erforderlichen Ausnahmen ermittelt werden. Aus diesem Grunde wird der § 3 voraussichtlich erst in einigen Jahren in Geltung treten.“ Ein schöner Trost für die am meisten ausgebeuteten Hausarbeiter, die die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt haben. Denn dort, wo sie in ihrer Mehrzahl den freien Gewerkschaften angehören, haben sie sich nicht nur

den öffentlichen Anschauung von Akkordlöhntarifen erkämpft, sondern kraft ihres Zusammenchlusses haben sie sich ein Mitbestimmungsrecht über die Festsetzung der Akkordlöhne gesichert. Wenn also die Regierung wollte, sie bräunte den Zeitpunkt des Inkrafttretens des § 3 nicht hinauszuschieben, sondern an den Lohn tabellen in der Lederwaren- und Militärfelleindustrie sich ein Vorbild zu nehmen, und bei einigermaßen gutem Willen wäre das Anhängen der Lohn tabellen in allen Industriezweigen möglich. Denn es steht doch fest, daß auch ohne Lohn tabellen nach kaufmännischen Regeln kalkuliert und gezahlt werden muß. Nur wollen viele Unternehmer für die gleiche Arbeit nicht den gleichen Lohn zahlen. Das Bestreben, die der Hausarbeiter und sonst widrige Umstände haben der Willkür bei Lohnfestsetzungen den breitesten Spielraum zu lassen. Diesen widerrechtlichen Mehrprozent, herausgeschunden aus den Armeuten der Armen, wollen die Kapitalisten der Spitzen- und anderer Industrien nicht fahren lassen. Darum ein Hinweis auf den Termin für diesen Paragraphen. Auch der § 4 bezüglich der Lohnbücher oder Arbeitzettel über Art und Umfang der Arbeit, sowie der dafür festgesetzten Löhne, die den Hausarbeitern bei Entgegennahme von Arbeit eingehändigt werden müssen, ist nicht am 1. April 1912 in Kraft getreten, sondern hat auch hier der Bundesrat noch nähere Bestimmungen zu treffen. Angesichts dieses Umstandes nimmt es sich wie Hohn aus, wenn der § 20 Geldstrafen bis zu 30 Mk. oder im Unvermögensfalle Haft bis zu acht Tagen vorzieht, womit der bestraft wird, der den in den §§ 3 und 4 getroffenen Bestimmungen nicht nachkommt.

Durch den § 5 soll das lange Warten bei der Empfangnahme und beim Liefern der Arbeit eingeschränkt werden. Aber nicht etwa dadurch, daß den Hausarbeitern die Wartezeit bezahlt wird, nein, es sollen in der Zeit der Ausgabe und Abnahme der Arbeit bestimmten Räumen mit einer der Zahl der regelmäßig abzufertigenden Hausarbeiter angemessenen Zahl von Ausgabe- und Abnahmestellen versehen werden, wenn den Unternehmern keine zu hohen Kosten dadurch entstehen. Nur bei Vorgesuchten sollen die Aufsichtsbeamten nachprüfen, ob ausreichende Räume vorhanden sind. Wo also nicht gebaut wird, bleibt es auch hier beim alten.

Zwängender Natur sind auch die §§ 11 und 12. § 11 macht die Heimarbeiter für die Beobachtung der auf Grund der §§ 6, 7 und 10 getroffenen Anordnungen verantwortlich. Wenn auf Grund des § 6 der Bundesrat durch Ver-

stimmungen eine Regelung eines Heimarbeiters zweiges anordnet, dann hat der Heimarbeiter die Anzeigepflicht bei der Ortspolizeibehörde. Unterlassungen werden mit 150 Mk. oder vier Wochen Haft geahndet.

Mit 30 Mk. Geldstrafe oder 8 Tagen Haft werden solche Unternehmer bestraft, welche die im § 13 angeordnete Registrierpflicht der bei ihnen beschäftigten Heimarbeiter und Zwischenmeister unterlassen. Auch dürfen die Unternehmer, wenn der § 6 für ihren Gewerbebetrieb Anwendung findet und die Beschäftigung eines Ausweises für die Räume, in denen Heimarbeit angefertigt wird, vorgeschrieben ist, nur für solche Werkstätten Hausarbeit ausgeben, für welche ihnen der Ausweis von den Hausarbeitern vorgelegt wird. Die übrigen Paragraphen handeln von den Nachschauungen und Strafbestimmungen, die für unsere Leser von geringerer Bedeutung sind und eine Detaillierung sich deswegen erübrigt.

Wir sind überzeugt, jeder Kollege wird die eingangs dieses Artikels geäußerte Kritik vollinhaltlich unterschreiben und alles daran setzen, einen wirklichen Hausarbeiterchutz zu erreichen.

Wären die bisher gepflogenen Erörterungen allgemeiner Natur, so dürfte es sich verlohnen, einmal die Nebenanwendung für die Lederwarenindustrie herauszuziehen. Bei den vorjährigen Tarifverhandlungen wurde protokollarisch festgelegt: sollte das Hausarbeitsgesetz auf die Portefeuilleindustrie beschließende Anwendung finden, so sollten die Unternehmer die dadurch den Hausarbeitern entstehenden Kosten zahlen. Niemand hatte damals daran gedacht, wenn schon ein Hausarbeiterchutzgesetz zustande kommt, es dann so, wie Natura zeigt, auszuschauen würde. Somit wird die Portefeuillefabrikanten femer, werden sie nicht dazu drängen, daß der § 6 des Hausarbeitsgesetzes für die Lederwarenindustrie Anwendung findet. Der Bundesrat aber wird von dem ihm zustehenden Recht um so weniger Gebrauch machen, als sein Beauftragter bei seiner Inspektionsreise im Offenbacher Gebiet die Arbeitsräume der hausarbeitenden Portefeuille für befriedigend gefunden hat. Nicht einmal die Räume wären zu beanstanden, deren Photographien auf der Frankfurter Heimarbeitersausstellung das Wohnungsleben einer Anzahl Portefeuille treffend illustrierten. Auch ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß die Unternehmer erklären: Ja, die Kosten, die durch das Hausarbeitsgesetz entstehen, wollen wir tragen. Da aber die meisten Hausarbeiter mit fremden Hilfskräften arbeiten, und es nur ein Lehrling, trifft auf sie das Haus-

Briefe eines Arbeiters aus der Fremde.

Von Emil Unger.

I.

Wunderst Du nicht, alter Haus, wenn Du aus der Reichshauptstadt einen Brief von mir erhältst, oder ich bin tatsächlich in Berlin! Am Pfingstmontag, unter der Duld der strahlenden Frühlingssonne, habe ich hier meinen Einzug gehalten; wohlgenährt 4. Klasse. So stark war der Trieb in mir erwacht, Berlin zu sehen, nachdem ich nun einmal nicht mehr weit davon ab war, daß ich von meinen paar arbeitslosen Pimperlingen einen erheblichen Teil dazu verwenden, den letzten Meil des Weges per Dampfzug zurückzulegen. Und so bin ich denn nun mitten unter die Schmalzpreißen geraten. Als Geister! Du weißt ja, daß die anderen daheim, wenn sie wirklich einmal das Städtchen verlassen, nach der Schweiz oder nach Straßburg und wenns hoch kommt, nach Paris fahren. Aber ich weiß keinen einzigen, der aus freien Stücken hierher gewandert wäre. Ich habe dennach den Mut für mich, der erste aus unserer Heimat zu sein, der sich hierher wagte. Denn gegen das Land und seine Bewohner besteht nun einmal bei uns im Westen und Süden eine festeingewurzelte Aversion. Du weißt ja, das Gerücht, was man speziell den Berlinern nachsagt, ist, daß sie alleamt Aufschneider und Windbeutel seien. Na gar so schlimm ist es ja nun gerade nicht. Aber grob sind sie hierzulande, das hab ich schon im Bahnwagen herausgefunden. War da eine Frau am Reisetische eines Ehepaares hängen geblieben und hatte sich den Kopf zerissen; Du hättest bloß mal dieses Skandalstückchen zwischen den beiden Parteien mit angehören sollen! Und ich kam gerade aus Sachsen, wo

man sich entschuldigt, wenn einem andere auf die Bühnenaugen treten.

Immerhin gefällt es mir soweit ganz gut. Man kann durch die Straßen gehen, es kümmert sich kein Mensch um einen. Wohl als ich vom Bahnhof nach der Herberge ging, stritten sich angesichts meines Kellersens, auf dessen Außenseite ich meinen Hammer geschnallt hatte, zwei Dreschfentuschler, ob ich ein Tapezierer oder Klempner sei. Heillos verlassen kommt man sich hier vor. Ich mußte gar nicht, was ich mit dem halben Feiertage noch anfangen sollte. Meine Kluft paßte natürlich nicht zu den Sonntagskleidern der Spaziergänger und Geld hatte ich nicht viel mehr, als der Graf von Luxemburg. Ich bin dann planlos darauf losgewandert, immer durch einen Riesengarten, der Tiergarten heißt, und der an diesem Tage mit zahllosen Menschen bevölkert war. Aberall sah ich fröhliche Gesichter. Auf einem See schaukelten, zu zärtlichen Klumpen geballt, gierende Liebespaarchen, und ich kam mir unter all den glücklichen gepußten Menschen so haimloslos elend und verlassen vor. Da habe ich ein bitteres Gefühl überderrt, einen leisen Haß in mir verspürt; nur kann ich nicht sagen, gegen wen er sich eigentlich richtete. Zuletzt war ich so müde und schläfrig, auch schmerzten mich meine Füße von den vorhergegangenen Tagemärschen, so daß ich mich furcherhand seitwärts in die Büsche schlug, um aus dem Wege zu sein und — schlafen zu können. Plötzlich wurde ich unfassbar aufgeschreckt und ein Schutzmann stand in seiner ganzen Größe und Furchbarkeit vor mir, während ringsum eine Frau von Keuglerigen auf uns gaffte. Nur meinen guten Papieren, vielleicht auch meinen treuherzigen Augen hatte ich es zu verdanken, wenn ich nicht mitgenommen wurde. Ich dachte dabei unwillkürlich an den Zimmermannssohn

von Nazareth, der auch nicht gewußt haben soll, wohn er sein Haupt legen sollte. Und damals gab es doch noch keine Schulyente. Es ist hier sehr schwer, Arbeit zu finden. 14 Tage habe ich vergebens gesucht. Ich mußte mein Werkzeug und alle entbehrlichen Gegenstände verkaufen, um mich über Wasser halten zu können. Ich habe mich täglich Stundenlang am Lustgarten vor dem Kgl. Schloß aufgehalten, um unseren Kaiser und seine Familie sehen zu können. Leider erfuhr ich erst später, daß er selbst verreist war, aber die Prinzen konnte ich mehrere Male aus allernächster Nähe betrachten. Es ist doch ein schönes Gefühl, mit dem Kaiser in derselben Stadt wohnen zu können. Hoffentlich finde ich hier Arbeit, schon allein, um aus der Herberge zu kommen. Du glaubst nicht, wie schweinefisch und gemein es da zugeht. Dabei wird jeden Tag ein halbes Duzendmal gebetet. Für heute will ich schliefen, denn mir fallen die Augen zu. Leb wohl, lieber Ernst, und grüß mir das schwarzbraune Kathildchen.

II.

Sei nicht böse, lieber Freund, wenn ich Dir nicht eher geschrieben habe. Ich will es gar nicht entschuldigen, es geschah rein aus Bequemlichkeit. Allerdings kommt man hier auch wenig zur Ruhe, und die Sorge folgt mir, wie der Schatten dem Körper. Es ist mir seither ziemlich dreackig gegangen. Als ich damals nach 14 Tagen immer noch keine Arbeit gefunden hatte, mußte ich abends nach dem Asyl für Obdachlose — genannt „Palme“ — da mein Geld nicht reichte, um noch länger für 30 Pf. pro Nacht in der Herberge bleiben zu können. Sollte mich hier schon der Esel gepakt — und ich war in dieser Einsicht während meiner Wanderschaft gewiß nicht verwöhnt — so übersteigt das, was ich hier zu sehen und zu hören bekam, doch die künftige Einbildungs-

zieren löst, erzielt dadurch eine Gesamtarbeitskraft von — sagen wir — 125 Mann. Diese Gesamtarbeitskraft kostet 400 Mk., jede einzelne Arbeitskraft also nicht mehr 4 Mk., sondern nur 3,20 Mark. Oder anders ausgedrückt: er bezahlt 100 Arbeiter und benuzt 125 Arbeiter, hat also die Arbeitskraft von 25 Arbeitern umsonst. Außerdem kann der Unternehmer bei einer kooperativen Arbeitsweise seine Räumlichkeiten und seine Maschinen besser ausnützen. Eine Fabrik, in der 50 Arbeiter beschäftigt sind, braucht nicht 50mal so groß zu sein als die Werkstätte, in der ein Kleinmeister für sich allein arbeitet, und in dieser Fabrik brauchen nicht 50mal so viel Maschinen zu sein als in der Werkstätte des Kleinmeisters. Die Ersparnisse, die der Großindustrielle verhältnismäßig an Miete und anderen Unkosten macht, sind so bedeutend, daß sich auch hieraus das wirtschaftliche Uebergewicht des Großbetriebes über den Kleinbetrieb ganz einfach erklärt. Wenn wir von den Reparaturbetrieben und von jenen Berufsgruppen absehen, die sich dem Kunsthandwerk nähern, so finden wir, daß der Großbetrieb infolge der kooperativen Arbeitsweise bedeutend ertragsreicher ist als der handwerkstnähige Kleinbetrieb. Die Entwicklung vom Klein- zum Großbetrieb beruht also auf dem Streben nach höheren Gewinnen.

Die Frauenerwerbsarbeit im Deutschen Reich nach den Ergebnissen der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907.

Die statistische Zeitschrift des „Korrespondenzblattes der Generalkommission“ vom 27. April 1912 enthält eine Bearbeitung der Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907, die den Nachweis der Zunahme der Frauenerwerbsarbeit seit 1882 besonders übersichtlich zur Anschauung bringt. Die Statistik zeigt, welche Veränderungen seit der vorletzten Berufszählung in der Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen und in ihrer Beschäftigungsart eingetreten sind, und wie sich demgemäß die gegenwärtigen Organisationsgebiete gehalten. Deshalb ist neben der Darstellung der allgemeinen Frauenerwerbsarbeit besonderer Wert auf den Nachweis der organisationsfähigen Arbeiterinnen in den einzelnen Berufsabteilungen, Berufsgruppen und Berufsarten gelegt worden.

Von den sechs Berufsabteilungen, auf die die amtliche Zählung die ortsanwesende Bevölkerung verteilt, umfassen die Abteilungen A. Landwirtschaft, B. Industrie einschließlich Bergbau und Baugewerbe und C. Handel und Verkehr

1882 1895 1907
91,9 Proz. 91,1 Proz. 91,8 Proz.

der gesamten erwerbsfähigen Bevölkerung. In diesen für die Gewerkschaften hauptsächlich in Frage kommenden Berufen spielt die Frauenerwerbsarbeit eine bedeutende Rolle, wie es in der folgenden Uebersicht zum Ausdruck kommt:

In Berufsabteilungen	Jahr	Erwerbstätige	
		amtlich	neiblich
A. Landwirtschaft, Gärtnerei und Tierzucht, Forstwirtschaft und Fischerei	1882	5 701 587	2 534 909
	1895	5 539 538	2 753 151
	1907	5 284 271	4 795 998
B. Industrie, einschließlich Bergbau und Baugewerbe	1882	5 294 489	1 128 970
	1895	6 760 102	1 521 118
	1907	9 152 330	2 108 924
C. Handel und Verkehr, einschließlich Gast- und Schankwirtschaft	1882	1 272 308	298 110
	1895	1 758 908	579 608
	1907	2 516 253	931 373

Von je 100 Erwerbstätigen der drei Berufsabteilungen stellte die

Abt.	1882		1895		1907	
	rel. Zns.	Zabon	rel. Zns.	Zabon	rel. Zns.	Zabon
A.	56,8	25,6	43,9	20,3	40,2	21,5
B.	36,5	22,5	7,0	43,7	35,7	37,2
C.	9,7	7,8	19,4	9,3	3,1	14,1
Zus.	100,0	75,5	24,5	100,0	74,3	25,7

Nicht alle hier gezählten Erwerbstätigen kommen aber als organisationsfähige Personen in Frage. Als organisationsfähig gelten im allgemeinen nur die unselbständigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die als c-Gehilfen in der amtlichen Zählung geführt sind, unter Ausschluß der mitbestehenden Familienangehörigen, die die Statistik als el-Personen aufzählt. Der Nachweis über die organisationsfähigen Arbeiter und Arbeiterinnen und die Veränderung der Zahl zwischen den einzelnen Zählperioden läßt sich aber nur für die letzten beiden amtlichen Erhebungen von 1895 und 1907 erbringen, da die 1882 aufgenommenen Statistik eine Gliederung der unselbständigen Erwerbstätigen nach ihrer wirtschaftlichen Stellung nicht vorgeesehen hatte. Sie berücksichtigt alle die Berufs-, die organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen in nennenswerter Zahl enthalten, also die Berufsabteilungen: Landwirtschaft, Industrie, Handel und Verkehr und häusliche Dienste und Lohn-

arbeit wechselnder Art. In der letzten Berufsabteilung (Abteilung D) sind nur solche Dienstboten enthalten, die nicht im Hause ihrer Herrschaft wohnen.

1907 wurden organisationsfähige Arbeiter und Arbeiterinnen insgesamt gezählt: 14 019 933 gegenüber 11 179 460 im Jahre 1895. Darunter waren männliche 1895: 8 359 083, 1907: 10 454 534, weibliche 1895: 2 820 377, 1907: 3 565 399. Im Verhältnis zur Zahl der beschäftigten Arbeiter betrug die der Arbeiterinnen 1895: 33,8 Proz., 1907: 34,1 Proz. Kommt hier schon der bedeutende Anteil der Arbeiterinnen am Erwerbsleben zum Ausdruck, so noch in viel höherem Maße bei Betrachtung der einzelnen Berufsabteilungen, Berufsgruppen und Berufsarten. Die große Steigerung der Zahl unselbständiger Arbeiter und Arbeiterinnen wird nämlich verdufelt durch die für 1907 in der Landwirtschaft festgestellte höhere Zahl weiblicher Erwerbstätiger, die hier zum Teil auf verbesserte Fragestellung bei der Erhebung zurückzuführen ist.

In den Berufsabteilungen B, C und D waren beschäftigt: Arbeiter 1895: 6 002 843, 1907: 8 479 280, Arbeiterinnen: 1895: 1 452 672, 1907: 2 151 752. Die Zunahme der Erwerbstätigen überhaupt betrug in dieser Zeitperiode 3 175 726 oder 42,6 Proz.; bei den Arbeitern allein 2 476 646 oder 41,3 Proz., bei den Arbeiterinnen allein 699 080 oder 48,1 Proz.

Der größte Teil beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen entfällt auf die Berufsabteilung B (Industrie, einschließlich Bergbau). Prozentual kommt das am besten zur Geltung. Die Industrie nimmt in der Zahl beschäftigter Arbeiter und Arbeiterinnen unter den Berufsabteilungen mit organisationsfähiger Arbeiterkraft die führende Stelle ein. Es waren beschäftigt

In der Landwirtschaft, Industrie einschließlich Bergbau, im Handel und Verkehr und häuslichen Diensten	1895		1907	
	89,31 Proz.	24,17 Proz.	62,77	60,35
	18,92	15,48	100,00	100,00

Frauenarbeit ist in erster Linie anzutreffen in den Berufsgruppen mit erheblicher Heimarbeit, so in der Textilindustrie, der Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, der Nahrungsmittelbranche und im Bekleidungsgebiete. Will man aber die Zahl der wirklich vorhandenen Arbeiterinnen in diesen Berufen feststellen, müssen auch die als mitbestehende Familienangehörigen und als Hausgewerbetreibende in der Statistik besonders geführten Personen den Zahlen der Arbeiter und Arbeiterinnen hinzugerechnet werden, weil, soweit Frauen in Frage kommen, es sich auf alle Fälle wohl um Heimarbeitern handeln dürfte. Ferner sind bei dem Nachweis über den Umfang der Frauenerwerbsarbeit auch die Nebenberufstätigen zu berücksichtigen.

In folgenden geben wir die für die einzelnen Berufsabteilungen zusammengefaßten Ziffern sowie ihr Verhältnis zur Zahl der insgesamt in den Abteilungen beschäftigten Männer und Frauen wieder:

Es waren beschäftigt in Abteilung	Erwerbstätige		nebenberuflich tätig	
	in Gesamtbef.	weibliche in c-Geb.	in weibliche in c-Geb.	in
A.	8 292 692	2 389 148	26,8	1 145 306
B.	8 261 220	962 302	12,1	89 298
C.	3 298 511	685 065	20,8	174 479
D.	432 491	293 866	68,0	9 829
Zus.	19 314 914	3 779 320	20,6	1 412 892

Die hier überall festgestellte Zunahme der Frauenerwerbsarbeit ist ein Beweis für die wirtschaftlichen Zustände, die eine Mitarbeit der Frauen gegen früher in erhöhtem Maße bevingen. Dies kommt auch zum Ausdruck in dem Nachweis über Familienstand und über das Alter der erwerbstätigen Frauen. 1895 wurden gezählt 3 146 574 ledige, 1 023 788 verheiratete und 917 433 verwitwete und geschiedene Frauen; 1907 dagegen 4 199 107 ledige, 2 777 253 verheiratete und 978 827 verwitwete und geschiedene Frauen. Mehrgeheiratet wurden seit 1895: 1 052 533 oder 33,4 Proz. ledige, 1 753 515 oder 171,3 Proz. verheiratete und 61 394 oder 6,7 Proz. verwitwete und geschiedene weibliche Erwerbstätige. Dasselbe Resultat, also eine stete Steigerung der Zahl verheirateter Arbeiterinnen, ergeben die Zahlen der unselbständigen Personen.

Diese Tatsache und der weitere Nachweis über das Alter der organisationsfähigen Arbeiterinnen in den einzelnen Berufsgruppen zeigen die Schwierigkeiten, die den Organisationen in der Agitation bereitet werden. Die verheirateten Frauen und die jüngeren Arbeiterinnen kommen für den Verammlungsbesuch und die Beteiligung an der Agitationsarbeit kaum in Frage. Die Zahl der jugendlichen Arbeiterinnen unter 18 Jahren ist aber ebenfalls erheblich. 1907 waren von den beschäf-

tigten Arbeiterinnen unter 18 Jahre alt in der Landwirtschaft 308 659, in der Industrie 358 593, im Handels- und Verkehrsgewerbe 83 316 und in häuslichen Diensten (nicht bei ihrer Herrschaft wohnend) 46 894. Auch für diese Personengruppe ist ein Ansteigen seit 1895 festzustellen.

Die Mehrbeschäftigung weiblicher Personen zeigt sich auch in den Berufsabteilungen, die als Organisationsgebiete wenig oder gar nicht in Frage kommen, in den Berufsabteilungen F. Freie Berufe und F. ohne Beruf und Berufsangabe, und damit die allgemeine Steigerung der Frauenerwerbsarbeit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens.

In knapper Form wird dieser Beweis an Hand der Ergebnisse der Betriebszählungen von seit 1876 in den Schlussbemerkungen erbracht und gleichzeitig ein Bild von der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Frauenerwerbsarbeit in Deutschland gegeben.

Die Statistik bietet Anhaltspunkte für die Organisierung der Arbeiterinnen, sie ist auch für die Arbeiterinnenorganisation von großem Wert, sie kann daher allen denen, die zur Mitarbeit auf diesem Gebiete berufen sind, zu eingehendem Studium dringend empfohlen werden.

Der Gau Köln im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 brachte uns im allgemeinen einen günstigeren Geschäftsgang als das Vorjahr; trotzdem er nicht in allen Branchen gleich günstig war.

Am schlechtesten ist es in der Geschirrbrennerei. Von einem Aufblühen dieser Branche war in den letzten Jahren nichts zu verspüren. Zum großen Teil ist dies wohl zurückzuführen auf die Entwidlung des Autoverkehrs. Wir sehen weiter, daß im Industriegebiet sich die Zahl der Bechen mit elektrischer Kraft ständig vermehrt. Ferner macht sich noch bemerkbar die steigende Zahl der Betriebsfaktoren. Abgesehen von größeren Gütenwerken, Fabriken und dergl. finden wir, daß größere Fabrikstücke dazu übergehen, immer mehr Kollegen einzustellen. So bestehen Geschäfte, die nicht nur Geschirrfattler in größerer Zahl beschäftigen, sondern auch noch Wagenfaktler und neben neuen Geschirrfaktoren auch noch neue Wagen und Automobile herstellen. Die Zahl der bei den Kleinmeistern beschäftigten Kollegen ist daher im ständigen Abnehmen begriffen.

At die Agitation schon schwer unter den Kleinmeistern gelitten, so ist sie unter den Betriebsfaktlern, die sich in steter Sicherheit wiegen, noch viel schwerer.

In der Treibriemenbranche war der Geschäftsgang sehr schwanfend. Es hat den Anschein, als ob die Arbeitgeber ängstlich darüber wachen, daß Aufträge, die sie erhalten, den Arbeitern nicht bekannt werden, um einer eventl. Lohnbewegung vorzubeugen. Es erklärt dies auch schon die Art der Arbeitsweise. Denn so bald Aufträge vorhanden sind, wird in der Regel Tag und Nacht gearbeitet. In Zukunft werden wir auch bei Lohnbewegungen unsere Taktik dementsprechend einzurichten haben.

Wie in der Geschirrbrennerei, so lassen auch hier die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch sehr viel zu wünschen übrig. Eine Aufgabe der nächsten Zeit muß es sein, unser Augenmerk besonders auf die Treibriemenbranche zu richten. Es ist dies um so notwendiger, wenn mit Erfolg die dringende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchgeführt werden soll.

In der Militäreffektenbranche hatten wir in Mülheim (Ruhr) eine günstige Periode zu verzeichnen. Auch in Essen konnten unsere Kollegen auf kurze Zeit Beschäftigung finden. Im Ruhrpott war der Geschäftsgang nicht besonders flott, wenn auch einige kleinere Aufträge vorhanden waren. In Köln geht die Militäreffektenbranche immer mehr zurück.

Die Meißerartikelbranche hat sich nicht besonders entwickelt. Viesfeld und Kassel sind stabil geblieben, während auch in Köln diese Branche zurückgeht.

In Eberfeld konnten wir in der Meißerartikelbranche festen Fuß fassen. Ein besserer Geschäftsgang als im Vorjahre war in der Wagenbranche, besonders im Automobilbau zu verzeichnen. Die Waggonbranche war für unseren Ruf nicht besonders flott beschäftigt.

Die übrigen Branchen unseres Berufes hatten einen mittelmäßigen Geschäftsgang. Bewegungen hatten wir in den verschiedensten Orten.

In Viesfeld traten unsere Kollegen bei der Firma Lohmann in den Ausstand wegen willkürlicher Ansetzung von Feiertagen. Der Ausstand wurde zu unseren Gunsten beendet. Schwer zu leiden hatten unsere Kollegen bei der Firma Wittkop u. Co., wo ein von Bamberg gefommener Meister versuchte, unsere Organisation auszurollen. Einige Kollegen wurden gemahregelt und an deren Stelle „christliche“ eingestellt. Auf diese Art wollte man anscheinend versuchen, das „christliche“ Organisationsding in Viesfeld aufzupöppeln. Aber alles hat seine Grenzen. Der den „Christlichen“ so hold gestimmte Meister wurde

auf Veranlassung der Firma hinter „schwedische Gardinen“ gesetzt und kann jetzt über seine Vergangenen nachdenken. Eine Bewegung in der Automobilbranche bei der Firma Dürkopff und eine gemeinsame Bewegung in der Fahrradbranche verlief zu unseren Gunsten. In der letzten Branche sind noch eine Anzahl Kollegen im Metallarbeiterverband organisiert. Es sind Schritte eingeleitet worden, diese Kollegen in unseren Verband zu übernehmen.

Die Arbeiter der Firma Lueg in Bochum planten eine gemeinsame Bewegung. Wir versuchten dadurch die dort beschäftigten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Leider vergeblich. Die Kollegen, die früher sämtlich organisiert und deren Verhältnisse sich mit der Zeit verschlechtert haben, scheinen sich unter der starken Ausbeutung ziemlich wohl zu fühlen.

Mit den Düsseldorf Wagenfabrikanten bezog wir den Abnahmungsvertrag für das Wagenbaugewerbe gelang es einen Tarifvertrag abzuschließen. Eine Bewegung in der Treibriemenbranche mußte wegen schlechten Geschäftsganges verschoben werden.

Im Wuppertal hatten wir ein ständiges Komitee. Sobald ein Heiner Auftrag an größeren schloß es - vorhanden war, suchten unsere Kollegen auch etwas für sich herauszufinden, was auch meistens mit teilweisem Erfolg gelang.

Unsere Kollegen der Metallereifabrikanten in Offen führten eine Bewegung zur Erreichung besserer Löhne, 6-10 Proz. Lohnerhöhung war der Erfolg. Bei einer anderen Bewegung zur Beseitigung von Mißständen mußte zum Streik gezwungen werden, der nach einigen Tagen mit Erfolg beendet wurde.

In Köln brachte uns der fünfwöchige Streik in der Waggonfabrik Gerbrand einen Erfolg. Mit den Kölner Wagenfabrikanten wurde ein Tarifvertrag auf zwei Jahre abgeschlossen, der uns bedeutende Verbesserungen brachte. Durch das Verhalten eines Teiles der Kollegen in einer Sattlerwarenfabrik konnte nur ein teilweiser Erfolg herbeigeführt werden.

Bei der Firma Wiemer u. Co. in Mülheim (Ruhr) waren mehrere Verhandlungen wegen des Preises für die neue Patronentafel notwendig. Eine Bewegung in der Treibriemenbranche brachte einen Teilerfolg.

Mit den Bewegungen können wir im allgemeinen zufrieden sein. Reigt es sich doch, daß auch im Gau Köln, wo früher von Lohnbewegungen fast gar nichts zu vernehmen war, unsere Kollegen an den Errungenschaften der Kultur teilnehmen wollen.

Trotz der erreichten Verbesserungen stehen wir den fortgeschritteneren Bezirken gegenüber noch weit nach, und muß noch ein ziemliches Stück Arbeit geleistet werden, wenn wir nur annähernd das Erreichen wollen. Es liegt dies in der Hauptsache daran, daß die hiesigen Kollegen schwer für die Organisation zu gewinnen sind und die zureisenden Kollegen sich nicht lange halten.

Nach vielen Mühen und unter tüchtiger Mitarbeit von Kollegen ist es uns endlich gelungen, auch in Aachen Fuß zu fassen. Die neue Verwaltungsstelle hat sich bis jetzt gut gehalten und bitten wir alle Kollegen auch in Zukunft tatkräftig mitzuarbeiten, damit Aachen nicht nur emporblüht, sondern auch die so dringende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen recht bald durchgeführt werden kann.

Aufgenommen wurden im Berichtsjahre 347 und zugereist sind 366 Kollegen. Abgereist sind 420 und ausgeschlossen wurden 193 Kollegen. Die Fluktuation ist also im Gau Köln sehr stark. Trotzdem ist der Mitgliederbestand um rund 100 gestiegen.

Die Vertragsleistung ist nicht befriedigend und müssen die Ortsverwaltungen ein besonderes Augenmerk darauf richten.

Der Gauleiter war beteiligt an 226 Versammlungen, Sitzungen usw. Hier von dienten 107 zur Agitation und 87 waren notwendig bei Lohnbewegungen.

Einladungen wurden angefertigt für 46 Versammlungen in 2460, 9 Rundschreiben in 190 und sonstige Aufertigungen in 420 Exemplaren. Fünf verschiedene Flugblätter kamen in 1350 Exemplaren zur Verteilung.

Posteingänge waren 696, Postausgänge 734 zu verzeichnen.

Im allgemeinen kann gesagt werden, daß die Mitarbeit der Ortsverwaltungen im Berichtsjahre etwas reger war. Hoffen wir, daß dies nicht nur anfällig, sondern sich noch bessert und daß sich alle Kollegen in den Dienst der Organisation stellen. Dann können wir hier nur vorwärts kommen. Noch bleibt uns ein großes Feld der Aktivität. Aufklärung muß unter die Kollegen gebracht werden. Zudem ist eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse dringend notwendig. Daß dies nicht ohne Organisation geschehen kann, haben die verflochtenen Jahre bewiesen. Deshalb, Kollegen, nicht ruhen und rasten, bis wir unser Ziel erreicht haben.

R. Schneider.

Bericht der Generalkommission und des Zentralarbeitssekretariats 1911.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands befragt in ihrem Bericht zunächst die sozialpolitische Gesetzgebung während des verflochtenen Jahres, die Nichterledigung des Arbeitsamtergesetzes im Reichstag, das Hausarbeitsgesetz ohne die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderten Vorkläufer und das Versicherungsrecht für Angehörige mit seinen Unvollkommenheiten. Weiter wird noch der Ausfall der Reichstagswahlen gewürdigt, desgleichen die von der Berliner Postzeit vergeblich zu hindern versuchte Aktion zugunsten des Friedens anfänglich der Studienreise französischer Gewerkschaftler nach Deutschland.

Weiter wird der vom Dresdener Gewerkschaftsrat erhaltene Auftrag erwähnt, gemeinsam mit dem Zentralverband deutscher Kaufmänner eine gewerkschaftlich-gesellschaftliche Unterrichtsvereinigung ins Leben zu rufen, deren Aufgabe es sein soll, den Mitgliedern der Gewerkschaften und der Gewerkschaften, die freiwillig Beiträge leisten, und deren Familienangehörigen Unterstützung in Fällen des Todes, des Alters, der Kindererziehung usw. zu gewähren. Nach Verhandlungen mit dem sozialistischen Ausschuss für Privatversicherung wurde beschlossen, zu diesem Zwecke eine Aktiengesellschaft zu gründen. Das Kapital wird zur Hälfte von den Gewerkschaften, zur Hälfte von den dem Zentralverband deutscher Kaufmänner angehörigen Gewerkschaften aufgebracht werden. Voraussichtlich wird es gelingen, nach im Laufe dieses Jahres das Versicherungsunternehmen in Wirklichkeit treten zu lassen.

Mit dem Vorstand des Zentralverbandes deutscher Kaufmänner sind mehrere gemeinsame Beratungen wegen der zur Beseitigung der Schäden der Heimarbeit zu treffenden Maßnahmen stattgefunden. Es wurde der Inhalt eines Antrages vereinbart, der sich an die Mitglieder der Gewerkschaften und der Gewerkschaften wendet. (Siehe auch „Sattler- und Portefeuilier-Zeitung“ Nr. 20.)

Auch im vergangenen Jahre wurden an die Generalkommission Anträge auf Gewährung von Zuschüssen oder Übernahme der gesamten Kosten zur Gründung von Arbeitssekretariaten und Anstellung von Gewerkschaftssekretären gerichtet. Der Bericht weist wieder darauf hin, daß die Generalkommission solchen Anträgen nur in sehr beschränktem Umfang Folge leisten kann, einmal, weil die Gewährung solcher Unterstützungen erforderlichen Voraussetzungen fehlen, dann aber auch, weil die der Generalkommission zur Verfügung stehenden Mittel auch nicht entfernt ausreichen würden, alle nach der Richtung hin gestellten Anforderungen zu erfüllen. Finanzschwache Gewerkschaftskomitees haben vielfach auf ihren Antrag Unterstützungen zur Durchführung sozialer Bahnen erhalten, ebenso die zur Rechtsauskunfterteilung erforderlichen Bücher. Zur Beschaffung von Versammlungsmöglichkeiten sind auch im Berichtsjahre nicht unerhebliche Mittel aufgewandt worden. Es handelt sich in allen Fällen immer nur um Mietung geeigneter Räumlichkeiten. Für den Erwerb eigener Grundstücke gibt die Generalkommission Mittel nicht her.

Zur besseren Agitation unter den in der Schweiz beschäftigten zirka 100 000 italienischen Arbeitern wird der Schweizerische Gewerkschaftsbund ein besonderes Gewerkschaftsblatt in italienischer Sprache herausgegeben. Da es im allgemeinen gewerkschaftlichen Interesse der Arbeiter Deutschlands liegt, auf die italienischen Arbeiter in der Schweiz, dem Eintrittspunkte der italienischen Einwanderung, einzuwirken, hat die Generalkommission einen Teil der durch die Herausgabe des Blattes entstandenen Kosten übernommen. Das „Correspondenzblatt“ wurde durch eine Arbeiterrechtsbeilage erweitert. Die Auflage liegt von 27 000 Exemplaren auf 28 400. Die fremdsprachigen Blätter „L'Operaio Italiano“ und „Osniata“ erschienen im Jahresdurchschnitt in 9322 und 6678 Exemplaren.

Der Abrechnung entnehmen wir folgendes: Massenbestand am Ende des Jahres 1910: 432 870,94 Mark, Einnahmen an Beiträgen der Gewerkschaften 269 742,94 Mark, für den Verband der Land- und Forstarbeiter 15 000 Mark, Unterrichtsstufe 49 992,46 Mark, Verlag 11 583,12 Mark, Zinsen 12 063,80 Mark, diverse Einnahmen 8332,02 Mark, „Correspondenzblatt“ 7983,15 Mark, „L'Operaio Italiano“ 11 020,65 Mark, „Osniata“ 8356,93 Mark. Gesamteinnahme: 826 346,01 Mark. Ausgegeben wurden für Agitation, Arbeitersekretariat in Kanton und in Saarbrücken, an die Generalkommission der Gewerkschaften, für Prozeduren, für die Jugendbewegung usw. 131 914,14 Mark, für Kongresse und Konferenzen 10 722,37 Mark, für Bücher und Zeitschriften 1179,39 Mark, Druckkosten 4775,20 Mark, an den internationalen Sekretär 3025,50 Mark, sächliche Verwaltungskosten 11 708,47 Mark, persönliche 25 540,76 Mark, Unterrichtsstufe 54 336,11 Mark, Verlag 6925,02 Mark, diverse

Ausgaben 252 361,45 Mark, „Correspondenzblatt“ 64 049,31 Mark, „L'Operaio Italiano“ 16 372,12 Mark, „Osniata“ 12 511,80 Mark, Zentralarbeitssekretariat 18 600,09 Mark, sozialpolitische Abteilung 19 389,53 Mark, Gesamtausgaben 383 184,30 Mark. Vermögen 412 861,71 Mark. Für Streiks und Ausperrungen wurden eingenommen 584 867,72 Mark, ausgegeben 506 145,40 Mark, so daß ein Bestand von 78 722,32 Mark verblieb.

An den Bericht der Generalkommission schließt sich der Bericht der Zentralarbeitssekretariate. Diesen wurden 2645 Sachen zur Vertretung überwiesen, die mit Ausnahme von fünf Zivilsachen nur Fragen der rechtsgesellschaftlichen Arbeiterversicherung und der landesgesetzlichen Ansperrungsverordnung betrafen. Zu diesen kamen noch aus dem Jahre 1908: ein Fall, aus 1909: 23 und aus 1910: 1179 Fälle, so daß im ganzen 3968 Sachen in Bearbeitung waren. Von diesen wurden erledigt 2821. Rückständig blieben aus 1909: einer, aus 1910: 38 und aus 1911: 808, also im ganzen 847 Sachen. Von den 2821 Sachen, die erledigt wurden, waren 2598 Unfallsachen, 196 Zivilsachen, 22 Ansperrungsverordnungen, 5 Zivilsachen. Von den Unfallsachen wurden mit günstigem Erfolge erledigt 887, mit ungünstigem 1161, in 547 Fällen wurde die Vertretung abgelehnt. Dasselbe geschah bei 37 Zivilsachen. In der Vertretungsanzahl wurden drei Zivilsachen erledigt und vier erfolglos erledigt.

Neben den Rentenrechtsfällen hatte das Sekretariat in 865 Sachen 1033 schriftliche Auskünfte zu erteilen. Die im Sekretariat erteilten mündlichen Auskünfte, meist Arbeiterversicherung betreffend, sind nicht im einzelnen gezählt worden.

Der arbeitsfreie Samstagnachmittag.

zu dem auch wir in Nr. 17/1912 unserer Zeitung auf Grund der unerquicklichen Vorgänge in einer Stuttgarter Arbeiterfabrik Stellung genommen und die vom Genossen Leipart im „Correspondenzblatt“ gemachten Ausführungen unterzeichnet haben, scheint sich jetzt zu einer gewerkschaftlichen Streikfrage auszuspinnen. Es finden in den führenden Kreisen des Holzarbeiter- und Metallarbeiterverbandes Auseinandersetzungen darüber statt, ob bei gewerkschaftlichen Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit die Verkürzung auf den Samstag verlegt werden soll mit dem schließlichen Effekt, den Samstagnachmittag arbeitsfrei zu bekommen, oder ob unter allen Umständen die erkämpfte Arbeitszeitverkürzung auf alle sechs Wochentage zu verteilen ist. Wenn die Frage so gestellt wird, so meinen wir, ist in erster Linie aus den von Leipart angeführten Gründen und bereits auf dem internationalen Arbeiterkongress 1889 geäußerten Forderungen der achtstündige Arbeitstag anzustreben und, wenn alle Vorbedingungen erfüllt sind, auch vermittels eines Streikes zu erkämpfen.

Nun macht Genosse Vorchöler, Gauleiter des Metallarbeiterverbandes in Stuttgart, in Nr. 18 des „Correspondenzblattes“ den Versuch, die Ausführungen Leiparts zu widerlegen und meint, es sei leichter, den Unternehmern den arbeitsfreien Samstagnachmittag abzutrotzen, als wie den achtstündigen Arbeitstag obligatorisch einzuführen. Dieser Tatsache haben auch wir uns niemals verschlossen, weshalb wir ja bei allen Tarifverträgen, die wir in den letzten Jahren mit den Unternehmern vereinbarten, die Bestimmung mit aufgenommen, daß an den Samstagtagen die Arbeitszeit kürzer als an den übrigen fünf Wochentagen sein muß, ohne uns bewußt zu sein, damit gegen das Prinzip des Achtstundentages verstößen zu haben.

In dem fraglichen Stuttgarter Fall handelt es sich aber nicht um die Einführung oder gar um die Beibehaltung des eingeführten Achtstundentages. Die Streitfrage ist: Soll die tariflich geregelte Arbeitszeit von neun Stunden pro Tag zugunsten des arbeitsfreien Samstagnachmittags um täglich ein Viertel- oder halbe Stunde verlängert werden? Dagegen haben auch wir uns gewehrt und die Ausführungen Leiparts als durchaus richtig anerkannt. Dem stimmt auch Gen. Vorchöler in seinem „Correspondenzblatt“-Artikel zu, in dem er wörtlich schreibt:

„Gewiß, darin stimme ich mit Genossen Leipart vollkommen überein, dem Wunsch nach einer Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, um dafür eine oder ein paar Stunden an den Samstagtagen früher frei zu bekommen, ist unbedingt entgegenzusetzen, und um so mehr, wenn die Verlängerung dazu führen würde, eine seitherige effektive Arbeitszeit von 9 oder 9½ Stunden zu verlängern.“

Vorchöler bleibt aber nicht konsequent. In unmittelbarem Anschluß an diesen Satz schreibt er:

„Wo aber eine eintretende Verkürzung der täglichen Arbeitszeit um ¼ oder ½ Stunde den Arbeitern einen praktischen Vorteil nicht bietet und bieten kann, da ist es meines Erachtens nach wohl wert, zu erwägen, ob nicht ein größerer Vorteil für die Arbeiter darin liegt, die Gesamtheit der Verkürzung auf einen Tag zu verlegen und damit den Arbeitern einen wirklichen Vorteil und eine Annehmlichkeit zu bieten.“

Diese Stellungnahme ist zu verstehen, wenn man weiß, daß die Stuttgarter Metallarbeiter bereits einmal entgegen dem erst zitierten Grundsatze gehandelt haben. Wie in Nr. 21 vom 25. Mai d. J. in der „Holzarbeiter-Zeitung“ behauptet wird, hat der Metallarbeiterverband in Stuttgart erfolgreich Verlängerungen der Arbeitszeit zugunsten des arbeitstirenen Samstagsnachmittags durchgesetzt, ohne daß der Gewerkschaft dagegen Widerspruch erhoben hätte. In dem Organ der Holzarbeiter wird dann nochmals der dem Streitfall zugrunde liegende Tatbestand aufgeführt. Es heißt da:

„Daß doch in den letzten Wochen die Arbeiter jenseit einer tiefen Karosseriefabrik entgegen den Bestimmungen des bestehenden Tarifvertrages und gegen den Willen der zuständigen Organisationen unter Verstoß gegen die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit beschloffen. In dem vorliegenden Falle handelt es sich um einen Tarifvertrag der Stuttgarter Karosseriefabriken. Derselbe wurde im April vorigen Jahres zwischen den Organisationen der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Schmiede, Sattler, Maler und Lackierer einerseits und dem Verband Süddeutscher Holzindustrie andererseits abgeschlossen. Die Einführung des Neunstundentages wurde von uns damals als ein schöner Fortschritt betrachtet. Jetzt, ein Jahr später, verlangte die Arbeiterseite eines der unter dem Vertrag arbeitenden Betriebe die Beibehaltung der längeren Arbeitszeit genau an dem Tage, wo der Neunstundentag praktisch in Kraft treten sollte. Die Organisationen der Holzarbeiter, Schmiede, Sattler und Maler haben gegen die Durchbrechung der vertraglich festgesetzten Arbeitszeit Einspruch erhoben, dagegen erklärten die Metallarbeiter, in der Verlängerung der Arbeitszeit von 9 Stunden auf 9 Stunden 25 Minuten wäre keine Umgehung des Vertrages, sondern nur eine Verbesserung der täglichen Arbeitszeit zu erblicken. Heber die Köpfe der beteiligten Organisationen hinweg hat dann der Arbeiterausschuß mit der Firma eine schriftliche Vereinbarung getroffen und so den Vertrag außer Kraft gesetzt. Auch gegen dieses Vorgehen hatte der Metallarbeiterverband keine Einwendungen zu machen. Auf Einspruch der übrigen Organisationen hat dann die Arbeiterseite des Betriebes beschloffen, die Streitfrage durch den Stuttgarter Kartellvorstand entscheiden zu lassen.“

Auch der Metallarbeiterverband hat bei den Verhandlungen mit dem Kartellvorstand mitgewirkt und sich bereit erklärt, sich dem Urteil zu fügen. Namentlich hat der Kartellvorstand die Arbeiterseite durch seinen Schiedsrichter aufgefordert, die vertragliche Arbeitszeit einzuhalten. Trotzdem beharren die betreffenden Arbeiter heute noch auf der Verlängerung der täglichen Arbeitszeit, weil der Metallarbeiterverband dieselbe gutgeheißenen habe. Auch fällt es der Organisation der Metallarbeiter nicht einmal ein, ihre Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie verpflichtet sind, dem Schiedspruch des Kartellvorstandes Rechnung zu tragen.“

Wenn diese Behauptungen zutreffen, ist das Verhalten des Metallarbeiterverbandes aus Gründen der Solidarität entschieden zu verurteilen, um so mehr, da es geeignet ist, Disziplinslosigkeit in die Reihen der anderen Organisationen zu tragen und, was nicht zu verkennen ist, sie in wirtschaftliche Kämpfe zu drängen, deren Erfolg von vornherein ausichtslos ist.

Streiks und Lohnbewegungen.

Der Streik in der Göttinger Waggonfabrik Aktien-Gesellschaft für Fabrikation von Eisenmaterial zu Götting geht nun schon in die 9. Woche, seit die übergröÙe Mehrheit der Arbeiterschaft durch das schroffe Verhalten der Werksleitung gezwungen war, zum letzten Mittel — zum Ausstand — zu greifen. Jede der beteiligten Gewerkschaften findet es nun als eine Selbstverständlichkeit, ihren gesamten Organisationsangehörigen eine längere Aufklärung der geschaffenen Situation zu geben. Wie haben schon zu Anfang dieses Jahres gelegentlich des Ausstandes der Maler und Lackierer in der Waggonfabrik nähere Mitteilungen über das Wohlwollen der Direktion gegenüber ihren Arbeitern gebracht. Abzüge von 8 bis 27 Proz. glaubte man bitten zu können, und es bedurfte erst eines sechsmonatigen Kampfes, ehe die Bewegung, an der auch zwei Kollegen beteiligt waren, mit einem befriedigenden Resultate endete. Eines der wichtigsten Momente, die zu dem jetzigen Lohnkampfe geführt haben, war das Bestreben der Firma, fortgesetzt die Affordpreise zu reduzieren. An Erhöhungen wurden in den letzten Jahren gezahlt 18 Proz., 20 Proz., 22 Proz. usw. Hinzu kommt, daß durch Abschreibungen auf Immobilien usw. noch große Verdienste auf die Seite gelegt wurden. Während in den letzten Jahren die Stundensöhne um einige Pfennige erhöht wurden, so betrug der Abzug für Affordarbeiter bis zu 30 Proz. Auf der anderen Seite wurde trotz der gleichbleibenden Arbeiterzahl die Zahl der technischen und Bureauangestellten um das Doppelte vermehrt. In dem neuen Affordskala-

tionsskizzen, das sich fast alle größeren Betriebe aneignen, wurde die Zahl der Beamten von 3 auf 15 erhöht. Die neu getroffene Einordnung dieses Personals soll auf nicht weniger als 80 000 Mk. zu stehen kommen. Welchen Zweck hat es? Um mehr Gewinn aus den Affordpreisen herauszuwickeln! Schon die Lohnunterschiede und der Ausstand mit den Lackierern sollte eine Annehmlichkeit dieses Systems bedeuten. Statt nun gewarnt zu sein, debute die Firma die Praktiken über den ganzen Betrieb aus, so daß sich die gesamte Arbeiterschaft gezwungen sah, auch überreife Reformen zu schaffen, die in der Einordnung einiger ganz gerechter Forderungen bestand, an deren Spitze die Verfüzung der Arbeitstage von 28 auf 34 Stunden stand. Bei der Lohnfrage wurde für alle Afford- und Lohnarbeiter eine Zulage von 6 Pf. verlangt. Die Einstellungsöhne sollten nicht mehr wie bisher 27 und 25 Pf., sondern 33 Pf. betragen. — Eine Stunde Arbeitszeitverlängerung und 1 Pf. Zulage pro Stunde war das Ergebnis längerer Verhandlungen. Bei den letzten Lebensverhältnissen gemiß ein größtenteils Entgegenkommen eines solchen Zweidendentages. Der Anfangslohn der Lohnarbeiter sollte nun 29 Pf., der Höchstlohn 34 Pf. betragen. Arbeiter, die 20 Jahre und noch länger im Betriebe sind, zahlt man 31 und 32 Pf. Stundensohn. Für die Affordarbeiter wurde eine Erhöhung des Abschlagslohnes um 5 Pf. bewilligt, ebenso wurde der Anfangslohn für diese Gruppen auf 33 Pf. und der Höchstlohn auf 45 Pf. festgesetzt, natürlich auf Kosten des Affords. Eine entsprechende Erhöhung der Affordpositionen oder mindestens eine Garantie des erhöhten Stundenlohnes lehnte die Firma rundweg ab. Die Anerkennung einer Lohnkommission, welche die Differenzen bei Afford- und Lohnarbeitern schlichten resp. zur Vermiedung beitragen soll, wurde ebenfalls abgelehnt. Eine Verbitterung fand auch dadurch statt, daß man versuchte, die Werksangehörigen ihrer Organisation abtrümmig zu machen und sie dem „gelben Arbeiterverein“ zuzuführen. Wie tief man noch heutzutage die Arbeiterseite einschätzt, beweist folgendes Dokument, das man 1700 Arbeitern vorlegte, um auf diese Weise den Gimpelgang pervert zu machen:

„Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zu dem Arbeiterverein Waggonfabrik Götting und gebe die Erklärung ab, daß ich nicht Sozialdemokrat bin und nicht einer anderen sozialdemokratischen Organisation angehöre.“

Götting, den 1912.“

Genau 71 erklärten sich zum Beitritt, darunter natürlich 15 bis 18 Sattler, die dürfen doch bei so etwas nicht fehlen, zumal in Götting. Alle Hausbesuche und dergleichen praktien bei diesen alten Herren ab, unter denen sich, nebenbei bemerkt, auch der ehemalige Vorsitzende der Hilfskassenkasse „Hoffnung“ befand.

Diese ganze „Reorganisation“ des Betriebes sowie die „Amerikanisierung“ der Löhne brachte es zu stande, daß am 2. April 1170 Mann für den Ausstand stimmten. Ferner waren 113 Mann krank und etwas über 300 Mann arbeiteten weiter. Von den 33 beschäftigten Sattlern und 7 Hilfsarbeitern waren nur 29 Sattler organisiert. Unter Zustimmung der übrigen Streikleitungen und aus Zweckmäßigkeitsgründen — arbeiteten unsere Sattler weiter. Da nun die überreife Arbeit in der Sattlerwerkstatt nicht ihrem Ende zugeht, so haben auch wir bereits 15 ausgescherte Kollegen zu verzeichnen. Recht bald dürfen unsere gelben Sattler zu dem Lackiererpinsel oder ähnlichen Streikarbeiten greifen müssen. Von uns ist das als selbstverständlich vorausgesehen worden. —

Was man in den 7 Wochen an Verdrehungen, Entstellungen und faulstidigen Unwahrheiten in den bürgerlichen Blättern geleistet worden ist, übersteigt alle Grenzen. Wir haben bereits in einer der letzten Nummern mitgeteilt, inwieweit sich die Direktion der Hünne-Gardinen à la Stagarerel-Streikbrecher bedient. Diese Leute haben ein Arsenal von allerlei Dieb- und Schweißwaffen mitgebracht, bilden den Schrecken der Einwohnerschaft. Ihr provozierendes Auftreten und ihre nächtlichen Schleichzügen praktien glücklicherweise an der muster-gültigen Haltung der Ausständigen ab. Ja man kann sagen, daß so manchem Bankleitungen durch solche Konzortantenne die Augen geöffnet worden sind über die sonst noch hier so gezeichnete Harmonie zwischen Kapital und Arbeit. Die Besonnenheit und Disziplin hat es bis jetzt zumeist gebracht, daß nur drei Mann aus den Reihen der Streikenden gewichen und im Betriebe Aufnahme gefunden haben. Heber 250 sind abgereinigt. Die Firma macht verzweifelte Anstrengungen, Leute zu bekommen. Da die hochbezahlten Agenten nicht genug mitande sind, leitungs-sfähige Kulis zu bringen, reisen jetzt die Werkmeister, Betriebsbeamte usw. in Oberpfälzen und Bayern umher, um die so notwendigen Elemente anzumerben, allerdings mit ziemlichen Meinhalten. In letzter Zeit sucht man unter

verschiedenen Dekadressen Leute, u. a. auch Sattler, wie uns aus Dresden mitgeteilt wird. Es ist wohl dringend nötig, unsere Kollegen allerorts zu warnen und alle verdächtig aussehenden Inserate zu ignorieren oder uns nach Kenntnisnahme der Quelle Mitteilung zu machen. Jeder anständige Kollege wird es unter seiner Würde finden, in einem Betriebe anzutreten, wo er mit gewohnheitsmäßigen Streikbrechern, die wohl der Waggonfabrik 6,50 Mk. pro Tag und freie Verpflegung wert seien, — die aber nicht einen Tropfen Blut eines rechtschaffenen und um die Vorsehrung seiner Erziehung ehrlich kämpfenden Arbeiters wert sind.

R. V. K. S. K.

Der Streik bei der Firma G. R. Schübe, Hannover, dauert bereits die fünfte Woche, ohne daß ein Ende abzusehen ist. Der Inhaber hat das Entgegenkommen der Streikenden mit Entlassung der bei ihm schon seit 25 Jahren beschäftigten Sattler beantwortet, weil sie es genagt haben, infolge der Lebensunterhaltung Herrn Schübe an sein gegebenes Versprechen, die Löhne werden aufgebessert, zu erinnern. Unterstützt wird der Unternehmer noch durch seinen Arbeitgeber, der noch immer glaubt, die Sattler müssen zufrieden sein und haben zu gefordern. Nicht die Gehilfen, sondern die Geschäftsleitung war es, die den Streik provozierte, indem sie jegliche Inanspruchnahme einfach ablehnte. Für die Streikenden ist die Situation die denkbar ungünstigste, da es der Firma noch nicht gelungen ist, Arbeitswillige herbeizuschaffen, mit Ausnahme der in dem letzten Bericht genannten: Bismarck, Bieweger, Manießky und Köhler, denen sich noch Krieger und Weber angeschlossen haben, die sich erst alle mit den Streikenden solidarisch erklärten, es aber vorzogen, wieder in den Betrieb hineingugehen. Daß auch die Meister und Zuschneider in dem Betriebe ein lebhaftes Interesse an der baldigen Beilegung des Streiks haben, wird man verstehen, wenn man bedenkt, daß sie nun dadurch ihrer lieben Schlafkurien beraubt worden sind. Das Schlafkuriengehverm ist ein Lebensstand, der nicht schwer genug gebremst werden kann. Bei Neuenstellungen erlauben sich obige Herren direkt und indirekt einen Tritt auf die jungen Leute auszuüben und sie zu veranlassen, bei ihnen Wohnung zu nehmen. Vereinstillich kommt man ihnen in der Weise entgegen, indem man bei der Arbeitsausgabe und beim Advancieren der Stellen den Schlafkurien den Vortritt gibt. Auch mit diesen Mißständen sind die Streikenden ernstlich gewillt, endlich einmal aufzuräumen. Sie sind sich ferner bewußt, die Sympathie und die materielle Unterstützung der Kollegen ganz Deutschlands auf ihrer Seite zu haben und sind gewillt, treu und fest im Ausstande zu verharren, bis es ihnen gelungen ist, auch bei der Firma G. R. Schübe bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen.

In der Militärreservistenfabrik von Maurer u. Sa. in Offenbach stehen die Arbeiter wegen Anerkennung des Tarifvertrages, wie er schon in den gleichen Kapiteln in Berlin und verschiedenen Städten Süddeutschlands abgeschlossen wurde, ohne daß es dort zum Streik gekommen ist, im Ausstand. Die Firma Maurer ist natürlich hartnäckig wie immer, und so mußten die Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Insbesondere sind es die Bestimmungen über Seimarbeit und Garantielöhne, die der Firma nicht zusagen. Auch auf eine Arbeitszeitverlängerung will sie sich nicht einlassen. Während in der ersten Woche nur die Sattler im Streik standen, haben nach dem 20. Mai noch 21 Hilfsarbeiter die Arbeit niedergelegt. Ob dann die betrieblite Firma mit einigen Hilfsarbeitern fortzumachen kann, ist sehr die Frage, um so mehr, als auch die Seimarbeiter die Arbeit liegen lassen. Die letzteren haben wohl auch alle Ursache, sich mit den Werkstattarbeitern solidarisch zu erklären; haben sie doch nach ihrer eigenen Aussage bei den Maurerschen Preisen den horrenden Stundenlohn von zirka 12 Pf. erzielt. Einige „nützliche Elemente“ sind natürlich auch vorhanden. Die Namen dieser Gelden dürften jedenfalls weitere Kreise der Arbeiterschaft interessieren. Die Zuschneider Hohmann und Kurzhaus bewahren sich bei der Firma schon zum zweiten Male als Arbeitswillige und diesen gebührt darum besondere Anerkennung. Das gleiche trifft für den Sattler Triefenbach zu, der in den Kreisen der Offenbacher Arbeiterschaft als der Offenbacher Tiroler bekannt ist, weil er sich durch Schrammelmusik und sonstige Künste aus diesen Kreisen eine angenehme Nebenverdienste verschafft. Ihn muß also in Zukunft doppelt gegeben werden, denn dem Verdienste seine Krone. Als letzte im Rande sind die Herren Schimmel und Vogt zu nennen, wozu der letztere bei der Aufstellung der Forderungen sich nicht genug tun konnte. Ten beiden gefält es im Betriebe jetzt so gut, daß sie ihre Verbandsbücher mit Austrittserklärung abgeliefert haben, um sich der Firma nützlich machen zu können. Vor dem Ausschlaf schütz sie das allerdings nicht. Ob den

Getreuen der Fabrikant später lobnen wird, wissen wir nicht, jedenfalls aber lassen sich die Kollegen durch den jetzt merkwürdigen Arbeitseifer der Gewandenen nicht von ihren Forderungen abbringen. Der Kampf geht unverändert weiter.

Aus Industrie und Handel.

Dem Bericht der Offenbacher Handelskammer 1911 entnehmen wir, daß für Lackier- und Leder- und Stoffbedeckungen und sonstige Leder- und Stoffartikel zu Heeres-, Polizei- und Feuerwehrrzwecken die deutsche Marktlage auch im abgelaufenen Berichtsjahre nicht günstig war. Trotz des im Inlande allgemein herrschenden Mangels an Bedarf in diesen Artikeln war es aber durch Vereinnahmung großer Auftragsaufträge möglich, die Produktion nicht nur auf der Höhe des Vorjahres zu halten, sondern dieselbe teilweise noch bedeutend zu erweitern. In einem der berichtenden Betriebe machte aus diesem Grunde sowohl eine wesentliche Vermehrung der Arbeitskräfte als auch eine Verlängerung der Arbeitszeit vorgenommen werden. Der Verkauf von Automobilkarosserieteilen ging bei weichen Preisen flatter besser als im vorhergehenden Jahre; die Nachfrage nach Luxuswagen wurde hingegen infolge der aufsteigenden Automobilindustrie wesentlich geringer. Der Absatz von eleganten, erdfeinigen Fabrikaten dieser Art konnte trotzdem auch im abgelaufenen Berichtsjahre wieder etwas gehoben werden, während die mehr dem Verkehr dienenden Wagen immer mehr durch Automobile ersetzt wurden. Die geringe Ausbeutung der Produktion machte eine zeitweise Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig.

Militärspezifischer Nach Griechenland. Das Kriegsministerium (Ministère de la Guerre, Section du matériel) in Athen, schreibt die Lieferung von folgenden Militärausrüstungsgegenständen aus: Lieferung in je 4 Partien: 10 000 Infanterie-Tormenter aus Holzplattenstoff, 500 (1 Partie) desgleichen für die Genietruppen, 9000 Bajonette-Tormenter, 10 000 Gewehrtragriemen, 11 000 Infanterie-Leibriemen, 16 000 Infanteriepatronentaschen vordereilig, 11 000 Infanteriepatronentaschen rückereilig, 7000 Kavalleriefeldriemen, 6000 Artilleriepatronentaschen, 4000 Kavalleriepatronentaschen, 6000 Reservepatronentaschen, 11 000 Zabelschleppriemen, 4000 Säbelkappen. Angebote sind in doppeltem Umschlag versiegelt einzureichen. Die Preise sind in Franken und Centimes anzugeben. Siderheitleistung je 5000 Frank für die einzelnen Lieferungspartien durch Scheck auf die griechische Nationalbank. Näheres in französischer Sprache beim „Reichsanzeiger“ und im Bureau der Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 74. — Submissionstermin: 17. Juni 1912, vormittags 10 Uhr.

Korrespondenzen.

Dresden. (E. 21. 5.) (Textilienbranche.) Am 15. Mai fand unsere erste diesjährige Branchenversammlung statt. Da einige Kollegen der Branchenkommission abgereist sind, wurde die Kommission durch Auswahl zweier Kollegen ergänzt. Darauf hielt Kollege Richter einen Vortrag über: „Die wirtschaftlichen Kämpfe früher und jetzt“. Medner bestand es vortrefflich, den Versammelten den Unterschied zwischen der Wirkung der Kaufkraft der Arbeiterbewegung heranzulegen. Auf die Bewegung im Ruhrgebiet hinweisend, zeigte Kollege Richter, daß es für die Arbeiter immer schwerer werde, ihre Lage zu verbessern, deshalb müßten alle Kollegen fest zusammenhalten und stets waches Interesse für ihren Verband zeigen. Für seine vortrefflichen Ausführungen erntete der Vortragende lebhaften Beifall. Im Anschluß daran gab Richter einen kurzen Bericht über die Ergebnisse der Hamburger Lohnbewegung, worauf noch eine Besprechung über Montagearbeiten und deren Bezahlung in den verschiedenen Betrieben stattfand. Da in einem Betriebe die Löhne noch etwas gegen die anderen zurück sind, soll versucht werden, den Unterschied zu beseitigen. Ferner besprachen sich noch einige Kollegen, welche früher bei Thiele beschäftigt waren, über die Behandlung durch den Werkführer Knoll.

Obernauisch i. Sa. (Gau Görlitz). (E. 22. 5.) Seit zwei bis drei Jahren haben sich hier am Orte sowie im benachbarten Wilthen drei neuwertige Betriebe in der Messerindustrie derartig entwickelt, daß auch die Kollegenchaft daran denken mußte, ebenfalls den wirtschaftlichen Aufstieg mitzumachen, der darin besteht, daß man sich seiner wirtschaftlichen Berufsorganisation anschließt. Seit Jahresfrist gehören jetzt acht Mann des Ortes zu der unweit liegenden Zählstelle Wausen, desgleichen vier Kollegen in Wilthen. Sonntag, den 12. Mai, fand nun die erste Zusammenkunft der an beiden

Orten beschäftigten Kollegen statt. Unser Wausener Kollege Partsch-Görlitz hielt einen Vortrag: „Die gegenwärtige und zukünftige Bedeutung des Sattler- und Portefeullerverbandes für seine Berufsangehörigen.“ Mit sichtbarem Interesse wurden die Ausführungen entgegengenommen. Auch die Möglichkeit zur Errichtung einer Zählstelle in Wiltheim wurde erörtert, jedoch wurde dieser Punkt bis nach der Generalversammlung zurückgestellt. Nach derselben wird uns Kollege Partsch Bericht erstatten und die Gründe einer Zählstelle dargelegt werden. Alle Kollegen gingen mit dem Ergebnis auseinander, all ihre Kraft einzusetzen, daß jeder im Betrieb Beschäftigte Mitglied unseres Verbandes werden müsse. Des Kollegen Jungmanns Vorschlag wurde ebenfalls gemacht, der sich in dieser Zeit um die Organisierung der Kollegen verdient gemacht hat.

Der ganze Verlauf der Zusammenkunft zeigte, daß durch diese Aussprache und Belebung sich die Kollegen ein ganzes Stück in ihren gleichberechtigten Interessen nähergerückt sind.

Breslau. (E. 25. 5.) In unserer Mitgliederversammlung am 18. Mai wurden die eingehenden Anträge zur Generalversammlung durchberaten und fanden einige Anträge die Zustimmung der Versammlung. — Hierauf berichtete der Vorsitzende über die fortgeschrittene Lohnbewegung in der Wagen- und Karosseriewerkstatt der Firma Rosenbaum. Die dort beschäftigten Arbeiter hatten, trotzdem sie durchweg schlecht organisiert waren, Forderungen gestellt, und als diese abgelehnt wurden, waren sie in den Streik getreten. Am zweiten Tage schickte der Betriebsinhaber ein Schreiben, worin er mitteilte, daß er die Löhne um 5 Proz. ausbessern und die Arbeitszeit wöchentlich um 3 1/2 Stunden verkürzen wolle, aber unter der Bedingung, daß am dritten Tage die Arbeit wieder aufgenommen würde, widrigenfalls alles bleiben soll, wie es war. In einer Betriebsversammlung, woran auch Gewerkschaftsbeamte teilnahmen, wurde beschlossen, die Arbeit unter diesen Bedingungen wieder aufzunehmen, da man wegen der schlechten Organisationsverhältnisse keine weiteren Schritte unternehmen könne. Den dort beschäftigten Arbeitern, vor allen Dingen den Sattlerkollegen, die bis dahin für den Verband durchaus nicht zu haben waren, die alle unsere Agitation gar nicht beachteten, ist wohl endlich klar geworden, daß ohne Organisation nicht viel zu erreichen ist und das Erreichte in den meisten Fällen nicht zu halten ist, denn diese Kollegen sind jetzt sämtlich Mitglieder unseres Verbandes geworden, um einer eventuellen späteren Forderung mehr Nachdruck geben zu können.

Aus anderen Organisationen.

Der 10. Kongreß der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Lokalisten) tagte vom 16. bis 18. Mai in Magdeburg. Ihre sozialistischen Bestrebungen haben sie weit abwärts geführt von den Wegen, die die große Masse der modern organisierten Arbeiterschaft Deutschlands eingeschlagen hat. Sondern die Partei das Nichtig zwischen sich und ihnen zerschnitten hat, haben sie an Bedeutung merklich verloren. In seiner Begrüßungsansprache meinte denn auch der Hauptagitor der Lokalisten, Fritz Kater, daß Erfolge, soweit es auf Zahlen ankomme, ebensowenig in der nächsten Zeit zu erwarten seien, wie ein Einfluß auf das Unternehmertum. Am 1. Januar d. J. zählten die Lokalisten in 147 Ortsvereinen 7183 Mitglieder gegen 6445 Mitglieder in 140 Ortsvereinen am 1. Januar 1911.

Während der Berichtszeit (1. Januar 1910 bis 31. März 1912) betrug die Gesamteinnahme 93 012,95 M., die Gesamtausgabe 90 800,70 M. Für Streiks und Ausperrungen wurden eingenommen 27 741,86 M., ausgegeben 17 656 M. Die „Einigkeit“, das Blatt der Lokalisten, das 8400 Abonnenten zählt, brachte eine Einnahme von 49 061,73 Mark und hatte eine Ausgabe von 54 281,61 M., so daß es einen nicht unbedeutenden Rückfuß erforderte. Es haben sich 14 der angeschlossenen Organisationen aufgelöst oder fast ausgetreten, so z. B. in Köln, Düsseldorf, Mannheim, München, Breslau, Berlin, Halle und Königsberg. Neugründungen sind 21 erfolgt.

Die Beratung der Anträge brachte eine stürmische Anaristendebatte. Der Kassierer, Kleinlein, hatte in seinem Schlußwort gesagt: „Wir sind doch in Wirklichkeit in der freien Vereinigung auf der Bahn des Anarchismus. Was trennt uns denn noch von ihm? Nur der Name!“ Während diese Stellungnahme die Anaristien befriedigte, verlangten sie gegen Kater ein Mitfrauenstimmrecht, indem ein Antrag eingebracht wurde, dahingehend, daß der Kongreß den Katerischen Artikel: „Was ist Spiegelreflexion?“ verurteilen und den Nebatteur für die Zukunft verpflichten sollte, Artikel, die die politische Ueberzeugung der Genossen einzuengen geeignet

seien, vorher der Pressemannschaft vorzulegen, damit diese in ihrer Gesamtheit dafür verantwortlich sei. Von Katers Verteidigern wurde dieser Antrag den sogenannten politischen Anaristien, die im Gegensatz zu den sozialistischen Anaristien, keine jeglicher Gewerkschaftsbewegung seien, in die Stunde gehoben. Schließlich löste sich die ganze sozialistische Debatte in Wohlgefallen auf; der Antrag wurde zurückgezogen, und man war befriedigt. Eine klare Stellungnahme des Kongresses zu den Anaristien war damit aber nicht erreicht.

Nach einem umfangreichen Referat über: „Organisatorische Fragen“, das viel Theorie über den Zentralismus brachte, wurde über — den Wert der Zentralisation debattiert. Der Vorsitzende der Vereinigung der Zimmerer Deutschlands begründete einen Antrag: Zu beschließen, daß sich alle Organisationen zu Zentralisationen zusammenzuschließen haben. Die Idee der Zentralisation wurde nicht grundsätzlich abgewiesen; Fritz Kater meinte, der Gedanke müsse erst propagiert werden, zunächst müsse man einen engeren Zusammenhalt berufs- und berufsweise herbeiführen. Es wurde eine lange Resolution angenommen, die einen engeren Zusammenhalt in örtlichen Kreisen und die Zusammenfassung vermander Vereine in örtlichen Industrie-Organisationen verlangte, dabei aber betont, daß dieser örtliche Zusammenhalt auf die Dauer nicht genügen werde.

Mit Befriedigung kann der Gärtnerverband auf das letzte Geschäftsjahr zurückblicken. konnte er doch mit Erfolg die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Gärtner verbessern, dabei den Kampfstand stärken und die Mitgliederzahl erhöhen. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 6231; das sind 706 mehr als am Schluß des Jahres 1910. Die Steigerung der Mitgliederzahl beträgt seit 1909: 1337. Dieser Fortschritt ist um so höher anzuschlagen, weil in den drei vorhergehenden Jahren die Mitgliederzahl stagnierte. Die Einnahmen betragen 144 483 M., die Ausgaben 127 449 M., der Kassenbestand 66 736,90 M. Für Unterstützungen wurden 18 036 M., für Lohnbewegungen und Streiks im Verlaufe 13 103 M. verausgabt. Der Erfolg der Gesamtbewegungen war für 2188 Mitglieder eine Lohnerhöhung von 4248 M., pro Woche und für 923 Mitglieder eine Arbeitszeitverlängerung von 2276 Stunden pro Woche. Eifrig wurde auch die Bekämpfung des Kohl- und Logiszwanges, der im Gärtnerberuf noch vorherrscht, betrieben. Der Verband ist dazu übergegangen, die Wohnungen der Gehilfen zu photographieren und in der Verbandszeitung öffentlich an den Verleger zu stellen.

Der Verband der Kupferschmiede zählte am Jahresschluß 4976 Mitglieder. Der Zuwachs von 804 Mitgliedern ist hier um so höher zu bewerten, als feststeht, daß das Referentengebiet für diese Organisation ein sehr geringes ist. Das Verbandsvermögen beziffert sich auf 123 610 M.

Der bereits neun Wochen andauernde Streik der Berliner Stuckfasser konnte auch nicht durch die Vermittlung des Direktors des Berliner Gewerbegerichts v. Schulz beigelegt werden. Die Stuckfasser fordern die achttündige Arbeitszeit und Erhöhung des Minimallohnes.

Die Metallarbeiterausperrung im Raingau ist beendet. Am 21. Mai fanden in Nürnberg Verhandlungen zwischen Vertretern der Metallindustriellen und des Metallarbeiterverbandes statt, wobei die achttündige Arbeitswoche und eine Lohnzulage von 2 Pf. für alle Arbeiter, die weniger als 50 Pf. die Stunde verdienen, vereinbart wurde. In Anbetracht der drohenden Ausperrung für ganz Süddeutschland erklärten sich in einer frankfurter Versammlung 1008 Streikende für, 383 gegen Aufhebung des Streiks. Mittwoch, den 29. Mai, wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Das sogenannte hohe Haus hat seine Pforten geschlossen bis zum 26. November. Was der neue Reichstag eigentlich geschaffen hat seit dem Februar 1912? Er hat den Reichshaushaltsetat fertig gemacht und dem Volke neue Lasten aufgebürdet durch die Annahme der Heeres- und Marinevorlagen. Die „Abfassung der Liebesgabe“ ist ein Ziel Lug und Trug; man hat das Schlagwort von der Abschaffung der Schnapsliebesgabe erfinden, um die Armen der Armen, nämlich diejenigen, die den Schnapsgenuß glauben nicht entbehren zu können, noch weiter und intensiver zu schröpfen, als bisher. Gerade bei dieser Frage hat sich die ganze Volksfeindlichkeit der Reichstagsmehrheit wieder einmal in hellem Lichte gezeigt. Sechzehn Millionen der bisherigen Liebesgabe sollen den preussischen Schnapsjunkern in mehr oder weniger veredelter Form gerettet werden. Diesen Mann suchte die sozialdemokratische Fraktion zu durchkreuzen, indem sie verlangte, daß diese 16 Millionen den Bete-

raten des Krieges und den Veteranen der Arbeit Altersrente vom 65. Jahr vom 70. Lebensjahre an) gutgekommen sollten. Ward abgelehnt! Was braucht man den armen Veteranen noch Zulagen zu geben - die werden ohnedies bald ausgeschoben sein. - Bei der Behandlung der Steuerfragen hatten die Sozialdemokraten es verstanden, die Steuerdrückberger von rechts und bis tief in die Reihen der Nationalliberalen hinein in eine böse Grundstimmung zu bringen. Die Herrschaften um Vassermann und Erberger suchten sich schließlich Luft zu verschaffen durch die Einbringung einer Resolution, in der sie eine allgemeine, den verschiedenen Besitzformen „gerecht“ zu werdende Vorksteuer forderten. Diese schwammige Fassung, die später, wenn es ermit werden soll, jeder Auslegung wieder Tür und Tor öffnet, war für die Sozialdemokraten schon um deswillen unannehmbar, weil im ersten Satz des Antrages gesagt wurde, daß die gesetzlich bereits für 1914 vorgeschriebene Erbschaftsteuer bis zum Jahre 1916 verschoben werden könne! Selbstverständlich stimmten die Sozialdemokraten für den Antrag, der eine Erbschaftsteuer fordert, die bis zum 1. April 1913 schon in Kraft treten könne. Dieser Antrag wurde mit 184 gegen 169 Stimmen angenommen.

Angenommen wurde im Reichstage auch das Gesetz betreffend den Wäbdenhandel; andere Gesetze - das wichtigste von allen ist das Staatszugehörigkeitsgesetz - stecken noch in den Kommissionen. - Am letzten Sitzungstage wurde noch der Antrag, der einen besseren Schutz der Arbeitswilligen forderte, mit 273 gegen 62 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen und 4 ungültigen Stimmen abgelehnt.

Sieht man ab von den Beschlüssen der letzten Tage, die auch den konservativen Tischlermeister und Scharfmacher Bauli auf Zimmerwiedersehen aus dem Reichstage schafften und von der Regierung eine rechtliche Wahlurnen verlangen, dann bleibt eigentlich nur eine sehr kleine Reform übrig: die Erweiterung der Geschäftssordnung. Es wurde die in England bewährte Einrichtung der kleinen Anträgen geschaffen und angedeutet beschlossen, daß Interpellationen euben können mit der Annahme von Resolutionen, in denen ausgesprochen werden darf, daß in einer bestimmten Frage das Verhalten des Reichstanzlers der Ansicht des Reichstages „entspricht“ oder „nicht entspricht“. Nach bescheidener sein, war wirklich nicht mehr möglich.

Die Session, die keinen der vielen, besseren Arbeiterchutz usw. verlangenden Initiativanträge zur Beratung hat kommen lassen, begann - nicht am ersten Tage, aber doch in Wirklichkeit - mit der Präsidentschaftswahl. Sie endete - auch wieder nicht am letzten Tage, aber doch für die große Masse des Volkes - mit dem tragikomischen Ergebnis, den der Reichstanzler mit seinem gesamten Stabe am 17. Mai aufstehete, als der Abgeordnete Scheidemann den preussischen Junkerstaat in seiner ganzen abschreckenden Häßlichkeit schilderte und für das preussische Volk mindestens die Rechte verlangte, die die Bayern, Württemberger, Badenser, Elsaß-Lothringer usw. längst haben. Für diese Forderungen soll nun der genannte Abgeordnete schwer büßen: Tag für Tag wird er in allen reaktionären Blättern heruntergerissen, weil er - Preußen beschimpft haben soll! Es ist ganz offenbar: der Regierung gegenüber die 110 Sozialdemokraten im Reichstage nicht, sie will noch mehr sehen. Diese Schmach in uß erfüllt werden.

Gewerbegerichtswahl in Gießen. Bei den kürzlich vorgenommenen Wahlen für das Gewerbegericht in Gießen vereinigten sich auf die Kandidaten des freien Gewerkschaftskartells 755 Stimmen, während die „Christlichen“ nur 44 Stimmen erhielten; erstere erhielten infolgedessen 9 Vertreter und letztere nur einen. Auch von Arbeitgeberseits eroberte das Gewerkschaftskartell drei. Gegenüber der vorletzten Wahl gingen die Stimmen der Christlichen um fast die Hälfte zurück.

Die Gewerbegerichtswahlen in Nürnberg am 20. Mai endeten mit einem Siege der freien Gewerkschaften und einer Niederlage der gegnerischen Organisationen. Es erhielten im Vergleich zu den letzten Wahlen:

	1909	1912
Freie Gewerkschaften	13 747	19 825
Christl.-Dunkersche Gewerksh.	550	333
Christliche Gewerkschaften	1 204	1 028

Die freien Gewerkschaften erhielten 16 Sitze und die Christen einen Sitz.

Adressenänderungen.

Freiberg i. S. K. E. Dietel, Halsbrünnnerstr. 0.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Wegen Streifbruch wurden aus der Tragnation ausgeschlossen: Gustav Bismark, Nr. 21 618, Modest Wanieschn, Nr. 6538, beide in Hannover, ferner wegen Verstoß wider die Verbandsinteressen Gustav Peterka, Nr. 17 101.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, die grauen Karten für die Arbeitslosen-zählung vom 25. Mai umgehend einzulenden.

Der Vorstand.

Berichtigung.

In dem Artikel der Nr. 21 unserer Zeitung „Von Köln bis München“ ist auf Seite 146, dritte Spalte, die Zahl der in unserem Verbands organisierten Heimarbeit der Portefeulien- und Tamentaschebranche irrtümlich auf 940 angegeben. Aufmerksam Leser werden aus der Tabelle in der zweiten Spalte ersuchen haben, daß es 1464 heißen muß, was wir zu beachten bitten.

Die Redaktion.

Sterbetafel.

Meerane. Am 6. Mai verschied in Alenburg nach langer Krankheit der Gründer der Zahlstelle Meerane, Rudolf Wädert. Ehre seinem Andenken!

Veranstaltungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diegenigen Veranstaltungen, die bis zum Redaktionsschluss bei uns einlaufen.)

Berlin, Branchenversammlungen. Geschirrerbranche: Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engellufer 15. - Treibriemenbranche: Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in Schulz, „Produktien“, Ringstr. 17, Eingang Königsgraben. - Reizeartikel- und Portefeulienbranche: Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Raunmstr. 27. - Militärbbranche: Mittwoch, den 5. Juni, abends 6 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. - Violonceller und Teppichnäher: Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Weichnadt, Grünstr. 21. - Wagenbranche: Mittwoch, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engellufer 15. - Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer:

Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Geographischen Vereinsbau“, Alexanderstr. 44. Zeitlichen Freund dieser Branchenversammlungen erwarten

- Die Branchenvereine.**
- Nachen. Sonntag, den 9. Juni, vormittags 11 Uhr, Johanner und Baumstr. 10a, Cde.
 - Rauben. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Zittau“.
 - Premerhaven. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Panerischer Hof“, Langestr. 18.
 - Chemnitz. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Stadt Weissen“, Mochtiger Straße 8.
 - Dresden. Dienstag, den 11. Juni, abends 9 Uhr, „Volkshaus“, Kleiner Saal.
 - Düsseldorf. Samstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Ruppertaler Hof“, Kasernenstr. 65.
 - Wera-N. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Nichols Lokal“.
 - Görlitz. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Goldenes Kreuz“, Langestr. 32.
 - Hannover. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
 - Königsberg i. Pr. Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Kellertrog“.
 - Leipzig. Freitag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“, Reiter Straße 32.
 - Magdeburg. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Neue Welt“, Dohlschberg 9.
 - Mühlhausen i. Th. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser Wilhelm“.
 - Nürnberg. Montag, den 3. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
 - Potsdam. Donnerstag, den 6. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Kaiser-Wilhelmstr. 38“.
 - Hemsfeld. Samstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Volkshaus“.
 - Stuttgart. Dienstag, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus, Saal 12: Außerordentliche Versammlung, Bericht von der Generalversammlung in München.
 - Stuttgart. Samstag, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Gewerkschaftshaus“.
 - Wismar. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Arbeiterheim“.
 - Zwickau. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 1/2 Uhr, „Goldener Becher“, Innere Leipziger Straße.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Akademischen Buchhandlung H. Max Zippold in Leipzig, Postfachstr. 10 und Mühlstr. 37, bei, auf welchen wir hiermit ganz besonders hinweisen. Derselbe bringt eine Anzahl Werke, die einem jeden zur Anschaffung nur empfohlen werden können.



Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeulien u. Fernsagenossen Deutschlands, E. G. 64 zu Berlin.

Quartalversammlungen. Essen (Ruhr). Sonntag, den 2. Juni, vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Schmiering“, Rheinfischestrasse: Monatsversammlung.

Ortsverwaltung Berlin. Sonntag, den 16. Juni 1912, im Garten der Brauerei Friedrichshagen am Mühlgraben:

Grosses Sommerfest

bestehend aus Konzert des Berliner Sinfonie-Orchesters (Dirigent Maximilian Fischer), Gesangs-vorträge des Berliner Männerchors, R. v. A. S. V. (Dirigent F. Vorbe), sowie des beliebten Fesche-Ensemble. Im hinteren Teil des Gartens für Kinder: Kaiserliche-theater. Bei eintretender Dunkelheit: Großer Fackelzug, wozu jedes Kind an der Kontrolle einen Von gratis erhält. Von 5 Uhr ab: Tanz. Herren, welche daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Die Kaffeelei ist den geehrten Damen von 8-6 Uhr geöffnet. Programme an der Kontrolle frei. Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr. Eintrittskarten im Vorverkauf 25 Pfg., an der Kasse 30 Pfg. Dieselben sind im Bureau sowie bei den Werkstätten-Vertrauensleuten zu haben.

Verwaltungsstelle Berlin.

Jugend-Abteilung. Auf Beschluß des Jugend-Ausschusses findet am Sonntag, den 9. Juni eine Tagespartie von **Fredersdorf nach Erkner** statt. Treffpunkt: Morgens pünktlich 7 Uhr in der Vorhalle des Schlessischen Bahnhofes, Ausgang nach der Breslauer Straße. Fahrgehd ab Schlessischer Bahnhof 90 Pfg. Die Vertrauensleute werden ersucht, die Mitglieder der Jugend-Abteilung auf diese Partie aufmerksam zu machen. **Der Jugend-Ausschuh.**

Mehrere tüchtige Sattler, welche speziell auf Musterkoffer und Bügelkoffer schon gearbeitet haben, für dauernd gesucht. **Gregor Hossbauer, München, Dachauer Str. 64.**

Tüchtige Wagengarnierer nach Halle a. S. Sogle gesucht. Meldungen an den Arbeitnachweis H. Kränke, Carlstr. 16, II.

Georg Weichnadt Bierhaus, Grünstr. 21. H. Weib, Bayrisch-Kulmbacher Bier. Zahlstelle der Zentral-Frankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlstelle der „Freien Volkshilfe“.